

Große Anfrage

der Fraktion der CDU

Verbleib von Asylbewerbern in den Kommunen

Die Diskussion um die Einführung einer Wohnsitzauflage wird seit geraumer Zeit in Rheinland-Pfalz geführt. Insbesondere urbane Regionen berichten immer wieder von einem zusätzlichen Zuzug von anerkannten Asylbewerbern aus anderen Kommunen. Dies fordert die Integrationskraft dieser Kommunen massiv. Gleichzeitig beklagen Kommunen, dass sie Integrationsmaßnahmen nicht nachhaltig planen können, wenn sie nicht wissen, dass Asylbewerber die vorbereiteten Integrationsangebote auch nutzen werden und nicht vorzeitig fortziehen ohne eine Arbeitsstelle anzutreten.

Daher fragen wir die Landesregierung:

1. Hat die Landesregierung mittlerweile einen Überblick über die regionalen Wanderungsbewegungen von anerkannten Asylbewerbern?
2. Wie viele Asylbewerber wurden in den vergangenen fünf Jahren nach dem landesweit geltenden Schlüssel auf die einzelnen Landkreise und kreisfreien Städte verteilt (Angaben bitte insgesamt sowie nach Landkreisen und kreisfreien Städten differenzieren)?
3. Wie viele Personen wurden in den vergangenen fünf Jahren über den Familiennachzug im Kontext von Fluchtmigration von den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten aufgenommen?
4. Wie viele Bezieher von Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz leben aktuell in den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten (Angaben bitte insgesamt sowie nach Landkreisen und kreisfreien Städten differenzieren)?
5. Wie viele ehemalige Asylbewerber, die inzwischen Leistungen nach SGB II erhalten, leben aktuell in den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten (Angaben bitte insgesamt sowie nach Kreisen und kreisfreien Städten differenziert)?
6. Wie viele Asylbewerber haben in den vergangenen fünf Jahren eine fortdauernde sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit aufgenommen (Angaben bitte insgesamt, nach Landkreisen und kreisfreien Städten sowie Herkunftsort differenzieren)?
7. Wie viele Asylbewerber haben in den vergangenen fünf Jahren in den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten durch freiwillige Ausreisen und Abschiebungen die Bundesrepublik wieder verlassen (Angaben bitte insgesamt sowie nach Landkreisen und kreisfreien Städten differenzieren)?

Für die Fraktion:
Martin Brandl